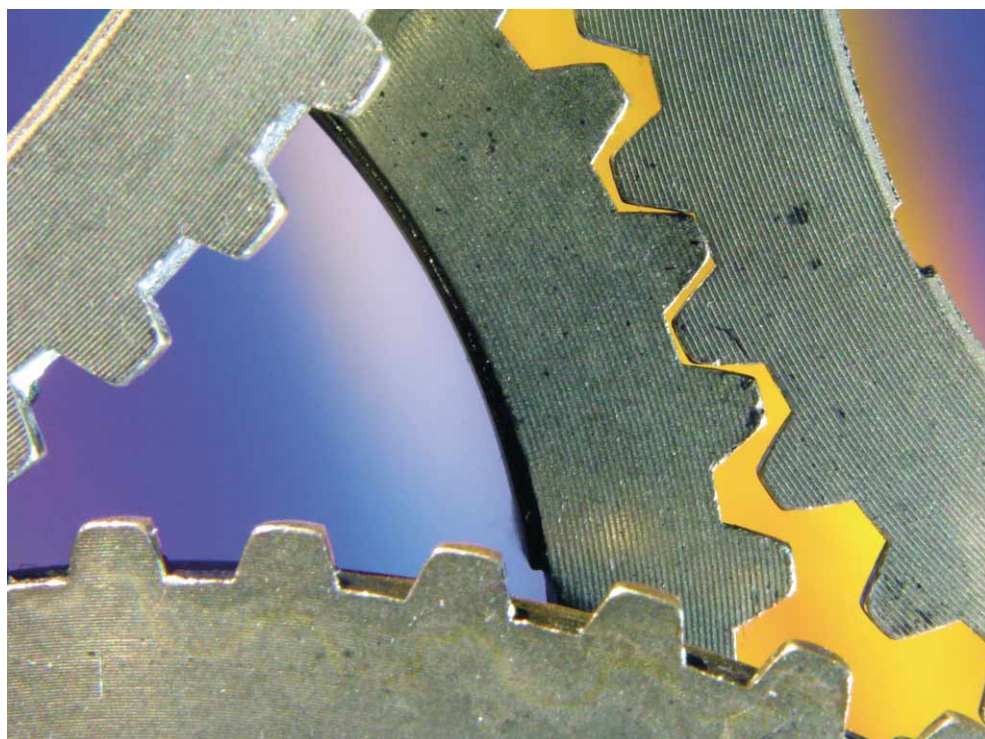

Umweltschutz beschäftigt

Konferenz zum Verhältnis von Umweltschutz und Arbeitsplätzen



Dokumentation der Konferenz
vom 7. September 2005 in Berlin

Impressum

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
info@dnr.de
www.dnr.de

Verantwortlich: Helga Inden-Heinrich (DNR)

Redaktion: Annette Littmeier (DNR)
Inhaltliche Bearbeitung: Evelyn Faust (NABU)
Annette Littmeier (DNR)
Daniel Unsöld (BUND)

Fotos: Dennis Teufert

Layout: K.Pagel, DAVIS BONN GmbH
Druck: DCM Druck Center Meckenheim GmbH & Co.KG



Das Projekt „Nachhaltigkeit im Kontext sich verändernder gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen“ wurde gefördert vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben in dieser Dokumentation, sowie für die privaten Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Programm der Konferenz	2
2.	Einleitung	4
3.	Begrüßung	5
4.	Umweltschutz – Jobmaschine oder Wachstumsbremse?	7
5.	Öffentliche Investitionen und/oder Subventionsabbau – wie passen ökologischer Strukturwandel und Arbeitsplatzsicherung zusammen?	9
6.	Umwelt bringt Arbeit! Neue Märkte, neue Technologien, neue Chancen.	12
7.	Welche Weichen stellt die Politik: wirtschaftliche Entwicklung durch oder kontra Umweltschutz?	14
8.	Unternehmern auf den Zahn gefühlt.	17
9.	Ausblick	19
10.	Zusammenfassung	20
11.	Liste der TeilnehmerInnen	22
12.	Kontakt	24

1. PROGRAMM DER KONFERENZ

Umweltschutz beschäftigt.

**Konferenz zum Verhältnis von Umweltschutz und Arbeitsplätzen
am 7. September 2005 im Museum für Kommunikation in Berlin**

- 09:30 – 10:00 Kaffee und Anmeldung
- 10:00 – 10:15 Ouvertüre:
Begrüßung
Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzring
- 10:15 – 11:15 Vivace:
Umweltschutz – Jobmaschine oder Wachstumsbremse?
Kontroverse zwischen Dr. Angelika Zahrt, Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz und Dr. Peter Paziorek MdB, umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- 11:15 – 12:00 Andante:
Öffentliche Investitionen und/oder Subventionsabbau – wie passen ökologischer Strukturwandel und Arbeitsplatzsicherung zusammen?
Dr. Werner Schneider, Referatsleiter Umweltpolitik im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds
Gottfried Härle, Vorstand des Unternehmerverbands Unternehmensgrün
Olaf Tschimpke, Präsident des Naturschutzbund Deutschland
Prof. Dr. Claudia Kemfert, Abteilungsleiterin Energie, Verkehr, Umwelt des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
- Moderierte Diskussion*
- 12:00 – 12:30 Crescendo:
Umwelt bringt Arbeit! Neue Märkte, neue Technologien, neue Chancen.
Jürgen Trittin, Bundesumweltminister
- 12:30 – 13:30 Intermezzo:
Mittagspause
Foto-Shooting mit den Teilnehmer/innen, die in umweltorientierten Unternehmen arbeiten

- 13:30 – 14:45 Concerto Grosso:
**Welche Weichen stellt die Politik: wirtschaftliche Entwicklung durch
oder kontra Umweltschutz?**
Prof. Dr. Martin Jänicke (FU Berlin), Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen
Birgit Homburger MdB, Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion und
Sprecherin für Umweltpolitik
Dr. Klaus Lippold MdB, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Hubertus Bardt, Leiter der Forschungsstelle Ökonomie/Ökologie im Institut der
deutschen Wirtschaft Köln
Dr. Reinhard Loske MdB, Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion von
Bündnis 90/Die Grünen
Michael Müller MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- Moderierte Gespräche*
- 14:45 – 16:00 Allegro:
Unternehmern auf den Zahn gefühlt:
• Handlungsfeld Klima und Energie
Manfred-Volker Habertzettel, Konzernbevollmächtigter Technik, Öffentlichkeitsarbeit
und Politik der Energie Baden-Württemberg AG (kurzfristige Absage)
Dr. Thomas E. Banning, Vorstand Naturstrom AG
- Handlungsfeld Landwirtschaft
Thomas Dosch, Bundesvorsitzender Bioland-Verband
Heinrich Kemper, Deutscher Bauernverband
- Moderierte Gespräche*
- 16:00 – 16:15 Finale:
Zusammenfassung und Ausblick
Prof. Dr. Manfred Niekisch, Vizepräsident des Deutschen Naturschutzring
- 16:15 – 17:00 Ausklang bei Kaffee und Kuchen
Moderation: Hellmuth Henneberg, Moderator der RBB-Sendung „OZON“

Das Programm wurde musikalisch begleitet von Björn Frank (Saxophon) und Jörn Henrich (Kontrabass).

2. EINLEITUNG

Drei Jahre nachdem die Bundesregierung ihre Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet und begonnen hat Umweltschutz als integralen Bestandteil wirtschaftlicher Entwicklung zu betrachten, sehen sich die Umwelt- und Naturschutzverbände mit einem Rollback konfrontiert. Hohe Arbeitslosigkeit und ein vermeintlich geringes Wirtschaftswachstum – das sind die Themen, die die aktuelle politische Debatte bestimmen. Selbst Bundespräsident Köhler hat die Parole „Vorfahrt für Arbeit,“ ausgegeben. Dieser spürbare Umschwung war Anlass genug, sich im Rahmen des Projektes „Nachhaltigkeit im Kontext sich verändernder gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen“ auf einer Konferenz mit dem Verhältnis von Umweltschutz und Arbeitsplätzen auseinanderzusetzen.

„Umweltschutz beschäftigt.“ – dieses Statement lässt sich mit vielen Beispielen und Zahlen belegen – vor allem aus der Branche der Erneuerbaren Energien und des ökologischen Landbaus. Aber ist damit Umweltschutz dem Nischendasein – auch in Hinblick auf Beschäftigungspotenziale – schon entkommen? Trägt ein ökologisch notwendiger Strukturwandel auch weiterhin zur Arbeitsplatzsicherung bei? Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt es in dieser Fragestellung?

Die im Vorfeld der Konferenz erhobene Forderung seitens der Industrieverbände Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Deutschland solle seine Vorreiterrolle im Umweltschutz – insbesondere im Klimaschutz – aufgeben, um die Wettbewerbsfähigkeit nicht weiter zu behindern, macht deutlich, wie wichtig die Debatte um Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung ist. Entscheidend ist dabei, wie sich die Politik positioniert und welche Rahmenbedingungen sie stellen wird: Wird sie künftig die wirtschaftliche Entwicklung auf Kosten der Umwelt fördern oder Umweltschutz als notwendigen und integrativen Bestandteil wirtschaftlicher Entwicklung begreifen und sich an den selbst gesteckten Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie orientieren?

3. BEGRÜßUNG DURCH HUBERT WEINZIERL (DNR) (Rede leicht gekürzt und verändert)

„Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Umwelt- und Naturschutzverbände sehen sich vor eine Herausforderung gestellt, die als längst überwunden galt: In wirtschaftlich angespannten Zeiten, wie wir sie jetzt wieder erleben, wird Umweltschutz zunehmend als Luxus betrachtet, den wir uns nicht leisten können – der nahezu unbezahlbar ist. Alle Anstrengungen richten sich darauf, Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaft anzukurbeln – Umweltschutz scheint also nicht relevant zu sein und verkommt auch in den Medien zu einem Nischenthema. Schlimmer noch – Umweltschutz steht in den Augen Vieler den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entgegen und wird als Kostenfaktor und Wachstumsbremse wahrgenommen.

Wenn sich jetzt nicht die Erkenntnis durchsetzt, dass sich Umweltschutz auch wirtschaftlich lohnt – ja, dass Umweltschutz wirtschaftlich notwendig ist, dann werden wir den zukünftigen Generationen nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein ökonomisches Desaster hinterlassen.

Deutschland braucht mehr Arbeitsplätze, mehr Beschäftigung – das ist unbestritten – die Frage ist nur, in welchen Wirtschaftszweigen sollen diese Arbeitsplätze entstehen?

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze – dafür gibt es bereits zahlreiche Beispiele: 1,5 Mio. Menschen arbeiten derzeit im Umweltschutz, das sind 3,8 Prozent der Beschäftigten. Beeindruckend sind die Beschäftigungszuwächse im Bereich Erneuerbare Energien. Zwischen 1998 und 2003 stieg die Zahl der Arbeitsplätze um 70 Prozent. Mit der Erzeugung, Verarbeitung und dem Handel ökologischer Lebensmittel konnten die Arbeitsplätze in den letzten 10 Jahren auf 155.000 verdoppelt werden.

Das Bundesamt für Naturschutz hat in seiner neuesten Studie „Natur ist Mehr-Wehrt“ den ökonomischen Nutzen des Naturschutzes untersucht. 290 Millionen Menschen besuchen jährlich die Naturparke, Nationalparke und Biosphärenreservate in Deutschland und kurbeln so die Wirtschaft im Gastgewerbe,

Einzelhandel und Dienstleistungsbereich an. Indirekte Beschäftigungspotenziale durch den Naturschutz sind bisher unterschätzt worden. Aber natürlich profitiert die Bauwirtschaft, wenn in Schutzgebieten Besucherzentren und Aussichtstürme gebaut werden oder Rad- und Wanderwege angelegt werden.

Die Studie belegt auch deutlich, dass Naturschutz ökonomisch notwendig ist, denn weltweit hängen 50 Prozent aller Arbeitsplätze von langfristig funktionierenden Ökosystemen ab. Und dass vorsorgender Umwelt- und Naturschutz notwendiger denn je ist, haben uns die zwei so genannten Jahrhundertfluten, die sich innerhalb von drei Jahren ereigneten (2002 an der Elbe und diesen Sommer in Bayern) ebenso deutlich vor Augen geführt wie der Hurrikan „Katrina“, dessen wirtschaftliche und soziale Folgen uns tief erschüttern.

Angesichts dieser Tatsachen und wissenschaftlicher Ergebnisse ist es mir völlig unverständlich, dass Umweltschutz wieder zunehmend als Jobkiller diffamiert wird.

Der Bund Deutscher Industrie stellt die verantwortungslose Forderungen, die Kyoto-Klimaschutz-Ziele aufzugeben, weil Deutschland durch den ehrgeizigen Klimaschutz seine Wettbewerbsposition verlieren würde und weitere Arbeitsplätze verloren gingen. Unternehmen und Landwirte drohen mit der Abwanderung ins Ausland. Die CDU hat angekündigt die gesamte Förderung des ökologischen Landbaus und der Erneuerbaren Energien auf den Prüfstand zu stellen.

Bundeskanzler Schröder hat in seinem Vorwort zum „Wegweiser Nachhaltigkeit 2005“ zwar geäußert, dass es „Bei Nachhaltigkeit (...) um alle zentralen Themen unserer Zeit [geht] – um Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Bildung ebenso wie etwa um Klimaschutz, Mobilität oder soziale Sicherungssysteme.“ In Deutschland gehe es darum „ein nachhaltiges Wachstum zu erzielen – ein Wachstum, das dauerhaft einen hohen Beschäftigungsstand ermöglicht, die ökonomische Grundlage des Sozialstaates sichert und die natürlichen Lebensgrundlagen erhält.“



Dr. Thomas E. Banning, Naturstrom AG

Die großen Potenziale des Umweltschutzes für die Schaffung von Arbeitsplätzen haben die politischen Parteien aber offensichtlich noch nicht erkannt, denn in den Wahlprogrammen wird in diesem Zusammenhang gerade mal die Gebäudesanierung erwähnt. Die Arbeitsmarktpotenziale, die auch im Ökolandbau, im Naturschutz und in einem nachhaltigen Mobilitätskonzept lägen, finden kaum Erwähnung.

Vielleicht haben die Parteien noch nicht den Mut, die unbequemen Wahrheiten auf den Punkt zu bringen.

Der ökonomische Weg kann nicht mehr am Umweltschutz vorbeigehen. Unsere ökonomische Grundlage kann nur dann dauerhaft gesichert werden, wenn auch die ökologische Basis gesichert ist.

Konkret bedeutet das:

- Wir können es uns nicht mehr leisten CO₂ in der bisherigen Größenordnung in die Luft zu pusten, weil wir die Folgekosten des Klimawandels nicht bezahlen können.
- Wir können es uns nicht leisten auf eine Chemikalienverordnung zu verzichten, weil wir auf die 50 Milliarden Euro Einsparungen für das Gesundheitswesen nicht verzichten können.
- Wir können es uns nicht mehr leisten, die konventionelle Landwirtschaft zu fördern, weil die Pestizidbelastung im Gemüse, die Nitratbelastung im Grundwasser und verringerter Hochwasserschutz weitere Kosten nach sich ziehen.
- Wir müssen uns die Förderung der Erneuerbaren Energien und des Öko-Landbaus leisten.
- Wir müssen uns eine Kostenerhöhung für Energie und Ressourcen leisten und wir müssen uns mehr Naturschutz leisten.
- Unsere Gesellschaft muss sich diesen „Luxus“ leisten, wenn sie mehr Beschäftigung erzielen will.

Eine Gesellschaft, die eine intakte Umwelt und ausreichende Ressourcen als größten Wert begreift, ist eine reiche Gesellschaft.

4. UMWELTSCHUTZ – JOBMASCHINE ODER WACHSTUMSBREMSE?

Moderiertes Gespräch zwischen Dr. Peter Paziorek MdB, umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Dr. Angelika Zahrnt, Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung.

Der Moderator eröffnet das Gespräch und bittet die Gesprächspartner ihre Position kurz darzulegen.

Frau Dr. Zahrnt stellt anhand einer Parabel das grundsätzliche Paradigma des Wachstums in Frage. Die Metamorphose eines Schmetterlings stellt für sie ein Metapher für qualitatives Wachstum dar. In Folge kritisiert sie, dass das Bruttosozialprodukt als Messlatte für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft nicht mit dem Gedanken einer nachhaltigen Entwicklung übereinstimmt. Vor allem in Hinblick auf die Folgen für Mensch und Umwelt durch die wirtschaftliche Entwicklung, die in Schwellenländern wie China, Indien, Brasilien, Südafrika oder Russland in den nächsten Jahrzehnten erwartet werden, müssten andere Leitbilder umgesetzt werden. Die aktuelle politische Debatte im deutschen Wahlkampf wirke dagegen rückwärtsgewandt und sei ein Schritt zurück zu den Denkmustern der 60er und 70er Jahre. Die Erkenntnisse von Rio hätten anscheinend keine Spuren in den Köpfen der Politiker hinterlassen. Als Beispiel nennt sie die Gentechnik. Die mit ihr verbundenen Risiken für Mensch, Wirtschaft und Umwelt würden von der CDU ignoriert. Jede Politik nach dem Motto: „Vorfahrt für Arbeit“ sei eine einseitige und kurzfristige Schwerpunktlegung. Dies widerspreche absolut dem Grundgedanken der nachhaltigen Entwicklung, der wirtschaftliches Wachstum von dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen abhängig macht. Außerdem biete Umweltschutz ebenfalls Potenzial um direkt und indirekt Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei verweist sie vor allem auf Innovation im technischen und sozialen Bereich durch anspruchsvolle Ziele im Umweltschutz. Technologien im Bereich des Ressourcenschutzes und der Erneuerbaren Energien seien schon heute Export-

schlager. Aber auch allgemein verträgliche und gesunde Produkte aus der Landwirtschaft hätten international bereits einen Marktvorteil gegenüber risikobelasteten Produkten. Bei einer weiteren wirtschaftlichen Expansion in den Schwellenländern böten sich dort riesige neue Absatzmärkte für Umweltschutz-Technologien. Dabei bestehe die Gefahr, dass Deutschland durch die aktuell propagierte Politik gegenüber anderen innovativen Ländern wie Japan ins Hintertreffen gerate. So würden japanische Hersteller bereits in Deutschland Werbung für spritsparende Autos – etwa mit Hybridantrieben – machen.

Herr Dr. Paziorek stellt zu Beginn seines Impulsreferats fest, dass er Frau Dr. Zahrnt in weiten Teilen Recht geben müsse. Er stellt klar, dass das CDU-Motto eigentlich „Vorfahrt für zukunftsfähige Arbeitsplätze“ heißen müsste. Auf den Einwand von Frau Zahrnt, warum das Motto so nicht benannt worden wäre, antwortet Dr. Paziorek, dies sei schwer kommunizierbar. Grundsätzlich bemängelt er, dass in seiner Partei die klaren umweltpolitischen Beschlüsse der Partei immer wieder kritisiert würden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess über eine nachhaltige Entwicklung, der unter Merkel in den Neunzigern begonnen und von Rot/Grün durch Polarisierung gestoppt worden sei. Paziorek sieht die Aufgabe der Regierung durchaus darin, ehrgeizige Ziele (Standards) zu setzen. Die Umsetzung müsse aber in Kooperation mit der Wirtschaft erfolgen. Dies bedeute sowohl freiwillige Selbstverpflichtungen als auch weniger Bürokratie. Dies sei vor allem für den Mittelstand von großer Bedeutung. Dies veranschaulicht er mit einigen Beispielen für nachhaltiges Wirtschaften im Mittelstand aus seinem Wahlkreis. Er befürwortet Ansätze, die eher umweltfreundliches Verhalten belohnen, anstatt umweltschädigendes Verhalten zu bestrafen. Paziorek spricht sich dafür aus, dass die Ökosteuer völlig anders ausgestaltet werden müsse. Diejenigen, die sich umweltgerecht verhalten, müssten von der Steuer freigestellt werden. Paziorek plädiert dafür, stärker auf europaweit geltende Lösungen zu setzen, weil dadurch gleiche Anfor-

derungen gelten würden. Deutsche Unternehmen würden so nicht länger durch Wettbewerbsnachteile gegenüber ihrer europäischen Konkurrenz benachteiligt. In diesem Zusammenhang kritisiert er die langen Übergangsfristen für die neuen Mitgliedstaaten der EU, z.B. im Bereich Abwasserentsorgung. Auf der internationalen Ebene stellt er sich hinter eine Weiterentwicklung des Klimaschutzabkommens von Kyoto. Auch wenn der Absatz deutscher Umweltschutztechnik in Deutschland seinen Zenit überschritten hätte, wären in den neuen Mitgliedstaaten im Gegensatz noch große Absatzchancen vorhanden. Weitere Potenziale für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen sieht er auch im weiteren Ausbau der Biomassenutzung und den Eneuerbaren Energien. Davon könnten vor allem ländlich geprägte Regionen profitieren.

In der Diskussion äußert Frau Zahrnt Skepsis, ob die gesamte CDU/CSU die Ansichten von Herrn Paziorek vertrete und bezweifelt, ob im Falle eines Wahlsieges mit einer starken Förderung von Biomasse, Eneuerbaren Energien etc. zu rechnen sei. Eine weitere Investition und Zielsetzung für mehr Umweltschutz durch die Regierung sei aber notwendig, wenn Deutschland tatsächlich nachhaltig werden soll. Der BUND hätte diese Debatte bereits vor über zwanzig Jahren gemeinsam mit MISEREOR durch den Bericht „Zukunftsfähiges Deutschland“ angestoßen. Die Arbeit des Rates für Nachhaltige Entwicklung und der Nachhaltigkeitsstrategieprozess der Bundesregierung seien die direkte Folge und Institutionalisierung dieser Debatte. Im Folgenden kritisiert sie den von Herrn Paziorek propagierten Weg freiwilliger Selbstverpflichtungen von Unternehmen. Es sei bereits durch Studien erwiesen, dass diese meistens nicht von Erfolg gekrönt seien. Wenn Erfolge für den Umweltschutz erzielt wurden, so seien diese durch die Androhung einer gesetzlichen Regelung oder durch Marktdruck zustande gekommen, aber so gut wie nie aus guter Einsicht. Als Beispiele für das Versagen dieses Ansatzes nennt sie die Selbstverpflichtung der deutschen Automobilindustrie zur Reduzierung des Spritverbrauchs und die Rücknahmeverpflichtung der Verpackungshersteller. Sie betont die entscheidende Rolle des Drucks durch Ordnungsrecht für die Umsetzung freiwilliger

Selbstverpflichtungen. In diesem Rahmen könne man aber über den Ansatz diskutieren. Im Anschluss äußert Frau Zahrnt ebenfalls die Befürchtung, dass unter dem Stichwort Bürokratieabbau eine Senkung von Standards und Kontrollen versteckt werde. Dass Bürokratieabbau aber in verschiedenen Bereichen durchaus sinnvoll und zu prüfen sei, macht sie deutlich. So würden sich auch Ökobauern teilweise über zuviel Bürokratie, vor allem in Bezug auf die Beantragung von EU-Fördergeldern, beschweren. Einem Abbau von Kontrollinstanzen widerspricht sie aber. Es gebe vor allem in Schwellenländern genug Beispiele, die zeigen, wozu mangelnder ordnungsrechtlicher Druck führt: zur Nichtumsetzung von Vorschriften.

Frau Zahrnt kritisiert das von der CDU publizierte und dann zurückgezogene „Schwarzbuch rotgrüner Energiepolitik“ vehement. Sie fordert, dass die Parteivorsitzende Angela Merkel sich klar zu einer anspruchsvollen Politik im Bereich Erneuerbare Energien bekennt. Im Hinblick auf die starke Betonung des Kooperationsprinzips durch Herrn Paziorek entgegnet Frau Zahrnt, dass die Industrie bereits die besten Drähte zur Politik habe, diese durch tausende Verbände und Lobbyisten beeinflussen könne und auch täte. Nicht zuletzt sei auch die Altauverordnung in letzter Minute durch einen Anruf von VW im Kanzleramt zu Fall gebracht worden.

Dr. Paziorek sieht in den Kommentaren von Frau Zahrnt eine gemeinsame Basis mit seinen Positionen. Auch er hält anspruchsvolle Ziele, deren Umsetzung konkret eingefordert wird, für sinnvoll. Trotzdem betont er, dass Umweltpolitik verstärkt auf europäischer Ebene umgesetzt werden müsse. Hier müsse auch der Mut da sein, in Konfrontation zur Wirtschaft zu treten. In Bezug auf das (zurückgezogene) Schwarzbuch stellt der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion klar, dass er im Gegensatz zu den Verfassern im Bereich Biomasse andere Standpunkte vertritt. Hier befinde sich die CDU in einem internen Diskussionsprozess. Paziorek sieht es aber als einen klaren Erfolg an, dass die CDU/CSU-Fraktion das Schwarzbuch zurückgezogen habe.

Frau Zahrnt bezeichnet Herrn Paziorek daraufhin als „aussterbende Spezies“ in der CDU-Umweltpolitik.

5. ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN UND/ODER SUBVENTIONS- ABBAU – WIE PASSEN ÖKOLOGISCHER STRUKTURWANDEL UND ARBEITSPLATZSICHERUNG ZUSAMMEN?

Podiumsdiskussion zwischen Prof. Dr. Claudia Kemfert (DIW), Gottfried Härle (Unternehmensgrün), Dr. Werner Schneider (DGB) und Olaf Tschimpke (NABU)

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde legen die Podiumsgäste ihre Positionen dar. Dabei geht es um die Frage, ob bzw. in wie weit aus volkswirtschaftlicher und unternehmerischer Sicht, aus Sicht der Umweltverbände und Gewerkschaften die Subventionierung eines ökologischen Strukturwandels sinnvoll und gerechtfertigt ist.

Frau Prof. Kemfert hat für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Rahmen eines Gutachtens vor Einführung der Ökosteuer deren ökonomische Lenkungswirkung untersucht und die Beschäftigungspotenziale aufgezeigt. Die Bundesregierung habe dieses aus ihrer Sicht sehr effiziente Instrument zwar aufgegriffen, aber es werde nicht im ursprünglichen Sinne angewandt. Es gebe zu viele Ausnahmen, zudem würden nicht alle Einnahmen aus der Ökosteuer in die Senkung der Rentenbeiträge zurückgeführt. Modellrechnungen des DIW hätten aus der Energiebesteuerung ein Steuermehraufkommen von 14,5 Mrd. Euro im Jahr 2002 und 18,7 Mrd. Euro 2003 ergeben. Dem stehen Entlastungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von 13,7 Mrd. Euro (2002) bzw. 16,1 Mrd. Euro (2003) gegenüber. Die ökologischen Wirkungen seien schwer zu beziffern. Im Verkehrsbereich sei zu sehen, dass bis zum Jahre 2003 durchaus Rückgänge des Fahrverhaltens zu beobachten waren. 2004 habe sich dagegen trotz Ökosteuer und hoher Benzinpreise das Fahrverhalten dahingehend geändert, dass die Fahrleistung zunahm und mehr Autos gekauft wurden. Daher könne eher davon ausgegangen werden, dass die Ökosteuer bisher zu niedrig eingestuft wurde. Dennoch habe die Ökosteuer durchaus positive Effekte und für einen ökologischen Strukturwandel bestehe durch das Prinzip der Aufkommensneutralität die Chance, den Faktor Umwelt zu belasten und den Faktor Arbeit zu ent-

lasten, um dadurch potenziell Arbeitsplätze zu schaffen. Die negative Polemik gegen die Ökosteuer zeige, dass es politisch immer schwerer wird, die Ökosteuer weiterhin umzusetzen. Das DIW stehe der Bundesregierung allerdings nur beratend zur Seite und habe auf die Probleme bei der bisherigen Ausgestaltung der Ökosteuer hingewiesen.

Herr Tschimpke als Umweltverbandsvertreter sieht das Problem dieser Rückwärtsbewegung vor allem auch in der negativen Meinungsbildung durch die Medien, in denen die Ökosteuer so dargestellt würde, dass man sie nicht richtig verstehen könne. Damit würde auch Politik gemacht – und dabei die Vorteile



*Martina Fuchs-Buschbeck und Isabelle Azrak,
Druckerei Oktoberdruck*

v.a. für die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Senkung der Lohnnebenkosten verkannt. Richtig sei, dass es vor allem im Energiebereich einen deutlichen Strukturwandel hin zu Erneuerbaren Energien gegeben habe. Dazu gebe es auch keine Alternative sowohl für Deutschland als auch global gesehen. Deutschland ist in diesem Bereich führend auf dem Weltmarkt und hat mit innovativen Technologien zahlreiche Arbeits-

plätze neu geschaffen. Es sei unverantwortlich, im Hinblick auf den Klimawandel, in dem wir uns bereits befinden, die Zeit in sinnlosen Diskussionen zu verlieren – es gebe genug Wissen, nun sei endlich Handeln durch klare politische Entscheidungen gefragt. Auch bei anderen Themenbereichen aus dem Natur- und Umweltschutz, wie bei der Verunglimpfung des Feldhamsters, der angeblich zahlreiche Gewerbegebiete verhindert hätte (ein einziges Mal konnte ein Bauvorhaben gestoppt werden – ein Golfplatz!), sei die Medienberichterstattung fragwürdig und trüge dazu bei, die Notwendigkeit des Erhalts der Artenvielfalt als überflüssigen Luxus abzutun. Jedoch müsse gerade ein Land wie Deutschland, das über keine Rohstoffe verfügt, auf andere Potenziale setzen: Ökologische Innovationen, v.a. künftig durch Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, die einher gehen mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Dabei dürfe jedoch der Naturschutz und damit auch der nicht ökonomische, eigenständige Wert von Natur nicht außen vor gelassen – und nicht immer noch wie in den siebziger Jahren Ökologie und Ökonomie gegeneinander ausgespielt werden.

Herr Härle ist als Vorstandsmitglied von Unternehmensgrün engagiert in einem Verbund von Unternehmen, die eine große Chance in der Verknüpfung von Ökonomie und Umweltschutz sehen. Er ist überrascht, dass ökologisches Handeln in der Wirtschaft oft als Bremse angesehen wird, dabei sei dies eine der innovativsten Wachstumsbranchen überhaupt. Man müsse aufpassen, dass der Vorsprung in wichtigen Bereichen nicht verloren ginge. Beispielsweise seien die deutschen Hersteller bei der Produktion verbrauchsarmer Haushaltsgeräte bereits überholt worden. Er erwartet diesbezüglich weitere Rückschritte in den nächsten Jahren. Die Technologiestandorte für ökologische Innovationen lägen heute schon woanders. Der Fokus der Wirtschaft läge derzeit leider hauptsächlich auf möglichst niedrigen Standards, Lohndumping, billige Qualität und Massenartikel. Kooperation müsse aber künftig neu buchstabiert werden. Es gehe nicht darum, wie man zu möglichst niedrigen, sondern zu möglichst innovativen, zukunftsfähigen Standards komme. Es gebe auch noch andere Unternehmerverbände als den BDI. Das Dosenpfand wurde beispielsweise von Teilen der Wirtschaft bekämpft, andere Unternehmer, wie kleine und mittelständische Brauereien hätten sich für das Dosenpfand ausgesprochen.



André Overbeck, Bürgerinitiative Umweltschutz Hannover (BIU) e. V.

In der vom Moderator aufgeworfenen Frage, ob wir mehr Staat bräuchten, besteht Herr Härle auf klaren Rahmenbedingungen wie sie das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) bietet. Ähnliche Rahmenbedingungen seien auch für andere Bereiche wie Gentechnik und die Nutzung von Biomasse, die bisher sträflich vernachlässigt wurde, zu entwickeln. Welches Instrument dafür jeweils geeignet ist, sei dahingestellt – es müsse jedoch möglichst effizient und bürokratiearm umzusetzen sein.

Herr Tschimpke meint, es sei mehr Mut zur Regionalplanung notwendig. So sei z.B. durch den demographischen Strukturwandel der Ausbau der Infrastruktur völlig überholt und das dafür notwendige Geld steht gar nicht zur Verfügung – trotzdem würden unsinnige Verkehrswege weiterhin ausgebaut.

Nach Aussage von Frau Prof. Kemfert seien Anreizmechanismen durch den Staat sowohl im Verkehrsbereich als auch im Energiebereich dringend notwendig. Es sei jedoch nicht ersichtlich, wie die CDU mit ihrem Schwarzbuch Umweltpolitik dies anpacken wolle. Positiv bewertet sie auch aus volkswirtschaftlicher Sicht die Wirkung des EEG, durch das 2004 rund 130.000 Arbeitsplätze im Bereich Erneuerbare Energien geschaffen werden konnten – das ist eine Verdopplung gegenüber 1998. Langfristig müssten die Erneuerbaren Energien weiter gefördert werden, um von den fossilen Energieträgern weg zu kommen. Was heute an innovativen Technologien – v.a. auch im Bereich

der Energieeffizienz – gefördert wird, sei erst in 15-20 Jahren einsatzfähig. Daher müsse jetzt ohne Verzögerung damit begonnen werden.

Herr Dr. Schneider, als Vertreter des DGB-Bundesvorstandes, stellt fest, dass die derzeitige Entwicklung Parallelen zum sozialen Bereich aufweist. Umweltschutz würde nur noch als Kostenfaktor angesehen – genau wie Arbeit. Die Debatte um die sozialen Folgen der Umweltzerstörung, nämlich der Kosten des unterlassenen Umweltschutzes, werde nicht mehr geführt. Dabei verursache Umweltpolitik keine Kosten, sondern ordne sie lediglich verursachergerecht zu. Der Mainstream müsse umgedreht und der Nutzen, nicht die Kosten von Umweltschutzmaßnahmen in den Vordergrund gestellt werden. Die gegenwärtige Philosophie der Kostensenkung sei in beiden Bereichen falsch. Ein Fehler der Politik sei auch gewesen, einseitig die Unternehmer zu entlasten und darauf zu hoffen, dass dadurch Arbeitsplätze entstünden – geschehen sei nichts dergleichen. Neben dem „Fordern“ bei Hartz IV, müsse die Politik sich endlich auch dem „Fördern“ widmen. Hunderttausende von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen könnten hierzu gerade aus dem Umweltbereich entstehen und zu einem „Förderbaustein“ werden, wenn die Regierung die notwendigen Maßnahmen durch gesetzliche Regelungen oder Förderinstrumente organisiert.

Herr Härle stimmt dieser Einschätzung aus Unternehmenssicht zu. Die Probleme unter pauschalem Kostensenkungsdruck anzugehen, sei zu undifferenziert. Zum Beispiel VW habe zwar eine Kostenkrise, aber gleichzeitig auch eine Innovationskrise – das Unternehmen laufe den Entwicklungen hinterher und verlöre den Anschluss an moderne Umwelttechnologien. Hierin liege der Schlüssel: Mit zukunftsfähigen Innovationen könne man einen ökologischen Strukturwandel erreichen, der zugleich Arbeitsplätze schafft. Herr Tschimpke ergänzt, dass mit dem Emissionshandel ja bereits ein ökonomisches Instrument geschaffen worden und damit der Einstieg gemacht sei, um die Industrie flexibel, aber gezielt zur CO₂-Reduktion zu verpflichten. Dies müsse künftig auch in anderen Bereichen erfolgen und die Innovationspotenziale besser dargestellt werden.

Herr Dr. Schneider weist darauf hin, dass es im Bereich der Energieeffizienz bereits erfolgreiche Kooperatio-

nen von Umweltverbänden und Gewerkschaften gebe. Es müsse organisiert werden, dass die Verbindung zwischen Arbeitsplätzen und Umweltschutz auch hier deutlicher hervorgehoben wird (z.B. energetische Gebäudesanierung etc.). Bei der energetischen Gebäudesanierung sei beispielsweise eine deutliche finanzielle Aufstockung der Förderprogramme notwendig. Ergänzend sollte auf europäischer Ebene die Sanierung des Gebäudebestandes im Rahmen der Lissabon Strategie als eine zusätzliche Maßnahme für ein europäisches Konjunktur- und Wachstumsprogramm festgelegt werden. Dies würde mit Sicherheit den führenden Unternehmen im Bereich der energetischen Gebäudesanierung neue Marktchancen in allen EU-Mitgliedsstaaten eröffnen, sich positiv auf die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in Deutschland auswir-



Thomas Dosch, Bioland

ken, eine Strategie „Weg vom Öl“ unterstützen und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Aufgabe der Unternehmer sei es, für ihre eigene Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen. Staatliche Aufgabe sei es, mit dem Investitionsbereich energetische Gebäudesanierung europaweit für ein Wachstums- und Beschäftigungsprogramm zu sorgen. Der DGB wolle seinen Beitrag leisten und treibende Kraft sein. Er sieht im Jahr 2006 eine große Chance, im Rahmen der EU in diesem Bereich voranzukommen.

6. UMWELT BRINGT ARBEIT! NEUE MÄRKTE, NEUE TECHNOLOGIEN, NEUE CHANCEN.

Auszüge aus der Rede von Bundesumweltminister
Jürgen Trittin (Es gilt das gesprochene Wort)

„Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die Kernforderungen der wichtigsten Umweltverbände zur Bundestagswahl 2005 werden mit der Feststellung eingeleitet, dass Deutschland sich zu einer der führenden Umwelt-Nationen entwickelt hat. Dem stimme ich gern zu. Noch wichtiger ist für mich allerdings die Feststellung, die dann folgt: „Dieses Markenzeichen gilt es im Interesse der weltweiten Verbesserung von Umweltqualität und der Schaffung neuer Arbeitsplätze weiter auszubauen und nicht zu verspielen“. Hier besteht Grund zur Sorge! (...) Die jüngste Behauptung des BDI, Kyoto gefährde Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, ist ein Griff in die Motte. (...) Umwelt- und Ressourcenschutz ist in der heutigen Weltwirtschaft kein Hemmnis, sondern eine Chance! So wie im letzten Jahrhundert die Entwicklung der Industriegesellschaft zu einer enormen Erhöhung der Arbeitsproduktivität geführt hat, liegt jetzt der Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung in der Steigerung der Ressourcen- und Energieproduktivität. Beim Ressourcenverbrauch gilt: „Wer zuerst bremst hat gewonnen!“

Der rasante Anstieg des Ölpreises, der in Deutschland und weltweit die Verbraucher belastet und zur Wachstumsbremse zu werden droht, ist ein Signal, das wir ernst nehmen sollten. (...) Viele Unternehmen erkennen, dass mit Umweltschutzinnovationen ein erheblicher Beitrag zur Erhöhung der betrieblichen Effizienz und der Rentabilität geleistet werden kann. Experten sagen uns, dass die betrieblichen Kosten des unterlassenen Umweltschutzes inzwischen in vielen Bereichen höher sind als die Kosten für Umweltschutzmaßnahmen: Konsequenter Umweltschutz lohnt sich. Der effizientere Einsatz von Energie, Wasser und Rohstoffen im Betrieb bedeutet eingesparte Kosten. (...)

Die Erfolge bei der Entkopplung von Wirtschaftsleistung und Ressourcenverbrauch zu gefährden, z.B. durch ein Zurückfahren der Ökosteuer, wäre nicht nur umweltpolitisch falsch. Eine solche Politik verhindert dringend nötige Investitionen in die Ressourceneffizienz und entzieht den Unternehmen berechenbare

Grundlagen des Wirtschaftens. Sie schadet dem Standort Deutschland. Sie gefährdet die bis zu 250.000 Arbeitsplätze, die aufgrund der Senkung der Lohnnebenkosten durch die ökologische Steuerreform entstanden sind. Denn ohne Ökosteuer wären die Beiträge zur Rentenversicherung um mindestens 1,7 Prozentpunkte höher. Wir müssen im Gegenteil die Rahmenbedingungen insgesamt so gestalten, dass sie Unternehmen dabei unterstützen, sich für künftige Wettbewerbsbedingungen fit zu machen – mit weniger Ressourcenverbrauch und umwelt- und Ressourcen schonenden Produkten und Dienstleistungen. Wir müssen unsere Subventionspolitik überdenken und umweltschädliche Subventionen verstärkt abbauen. Die Politik der ökologischen Finanzreform muss fortgesetzt werden.

Die Ökosteuer wirkt hauptsächlich über den Preis als Anreiz zum Energiesparen für jeden Einzelnen – ein sehr marktwirtschaftlicher Ansatz, der befremdlicherweise gerade von vermeintlichen Befürwortern der Marktwirtschaft bekämpft wird. Hinzu kommen aber noch die Effekte der zwei Programme, die dank der Ökosteuer finanziert werden:

1. Das KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, das ab 2003 dank Ökosteuer auf 360 Millionen Euro pro Jahr fast verdoppelt wurde, schafft und sichert jährlich Beschäftigung für rund 40.000 Menschen.
2. Das Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien, das seit Einführung der ökologischen Steuerreform im Jahre 1999 durch sie finanziert wird, sichert jährlich rund 18.000 Arbeitsplätze.

(...) Gerade die Bundesrepublik ist ein Beispiel dafür, dass anspruchsvolle Umweltstandards die Wettbewerbsfähigkeit stärken. (...) Nach jüngsten Berechnungen war Deutschland 2003 mit 18,8 Prozent Welthandelsanteil der OECD-Länder Weltmeister beim Export von Umwelttechnologie vor den USA mit 18,4 Prozent. Unsere Spitzenposition beim Export von Umweltschutzgütern sichert in Deutschland inzwischen 47.000 Arbeitsplätze.

Ein boomender „Lead Market“ sind die Erneuerbaren Energien. (...) Aber nicht nur das Klima profitiert vom

Ausbau der Erneuerbaren Energien. Sie sind zum Motor für Arbeit und Beschäftigung geworden. 2004 wurde insgesamt ein Umsatz von rund 11,6 Mrd. Euro erzielt, rund 6,5 Mrd. Euro davon durch Investitionen. (...) Deutschland ist inzwischen der weltweit größte Betreiber, Hersteller und Exporteur von Windkraftanlagen. (...) Diese Erfolge verdanken wir dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, das selbst zum Exportschlager geworden ist und in zahlreichen Ländern kopiert wird. Anders als die großen Energieversorgungsunternehmen, die trotz hoher Profite Arbeitsplätze abbauen, schafft die Branche neue Stellen: Rund 130.000 Menschen (60.000 mehr als 1998) verdanken ihren Job mittlerweile in Deutschland direkt oder indirekt den Erneuerbaren Energien. (...) Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil der Erneuerbaren am Bruttostromverbrauch bis 2020 auf mindestens 20 Prozent des heutigen Stromverbrauchs zu steigern. Dies würde nach Angaben der Branche – bei Berücksichtigung eines weiter wachsenden Exportanteils – rund 500.000 Menschen Arbeit geben. (...) Wer das Erfolgsmodell Erneuerbare-Energien-Gesetz antastet, verspielt einen Zukunftsmarkt. Durch einen Wegfall des Gesetzes würden kurzfristig rund 55.000 Jobs verloren gehen.

Die wirtschaftlichen Perspektiven sind ausgezeichnet: Das enorme Interesse an der Konferenz „Renewables2004“ in Bonn und die dort gefassten Beschlüsse zum weiteren globalen Ausbau der Erneuerbaren Energien sind ein deutliches Signal. Dadurch soll nicht nur bis zu einer Milliarde Menschen Zugang zu sauberer Energie verschafft werden. Die Umsetzung der Aktionen und Verpflichtungen aus dem Internationalen Aktionsprogramm wird bis 2015 eine zusätzliche Kapazität von mindestens 163 GW an Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien schaffen und damit über 300 Milliarden US\$ Investitionen auslösen. Dies sollte Anreiz für unsere Unternehmen sein, den bestehenden technologischen Vorsprung auf den internationalen Märkten zu nutzen und auszubauen.

Die Photovoltaik-Branche hat zwischen 2003 und 2005/2006 in Deutschland ihre Produktionskapazitäten um 350 Prozent erhöht. Die Branche erwirtschaftete 2004 einen Umsatz von mehr als 2 Mrd. Euro; sie sichert über 20.000 Arbeitsplätze. (...) Marktanalysen – wie zum Beispiel die Bank-Sarasin-Studie vom Herbst 2004 oder der Report der Deutschen Bank vom April 2005 – bescheinigen der Solarbranche zukünftig stabile hohe Wachstumsraten. Weltweit wird mit 20 bis 30 Prozent jährlichem Wachstum in der in-

stallierten Leistung gerechnet. Für deutsche Photovoltaik-Produzenten bedeutet das hohe Exportchancen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. (...)

Beispiel Sauberer Verkehr: Schon jetzt dürften die Zulieferfirmen „Faurecia“ und die in Deutschland ansässige „Tenneco Automotive“, die gemeinsam mit dem PSA-Konzern (zu dem u.a. Peugeot und Citroen gehören) als die Partikelfilter-Erfinder gelten, über 2 Millionen Exemplare verkauft haben. Der Partikelfilter hat, so urteilen Experten, beste Aussichten, zum Milliardenmarkt zu werden. Gut für die Wirtschaft, gut für die Anwohner befahrener Straßen, gut v.a. für die am schwersten betroffenen Kinder. (...) Besondere Chancen bietet die Osterweiterung der EU. In den neuen Mitgliedstaaten, sozusagen vor unserer Haustür, besteht erheblicher Nachholbedarf bei der Sanierung der Umwelt. (...) Der Umweltsektor ist ein boomender Markt inmitten einer deutschen Wirtschaft mit Konjunkturschwächen. Die Chancen, die diese Wachstumsbranche für Wirtschaft und Arbeitsmarkt bietet, müssen wir mit beiden Händen ergreifen. (...) Als „Zeugen“ möchte ich mich auf jemanden berufen, der nicht im Verdacht steht, ein Grüner zu sein, auch wenn er so heißt: Es war kein anderer als Alan Greenspan, der gesagt hat, dass Ressourceneffizienz die Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft ist. Deshalb müssen wir unsere Umweltschutzpolitik entschieden fortsetzen und weiterentwickeln – im Interesse unserer Umwelt und im Interesse unserer Wirtschaft.“



Prof. Dr. Clarita Müller-Plantenberg, Universität Kassel, Fachgebiet Entwicklung/Umwelt

7. WELCHE WEICHEN STELLT DIE POLITIK: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DURCH ODER KONTRA UMWELTSCHUTZ?

Podiumsdiskussion zwischen Prof. Dr. Martin Jänicke (FU Berlin); Birgit Homburger (FDP) und Dr. Klaus Lippold (CDU) sowie zwischen Dr. Hubertus Bardt (IW), Dr. Reinhard Loske (Bündnis 90/Die Grünen) und Michael Müller (SPD)

Auf die Frage des Moderators, welche Weichen die Politik für den Umweltschutz stellen werde, legt Birgit Homburger dar, dass sich die FDP für die Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls einsetzen werde. Ziel sei es, eine maximale Minderung der Emissionen zu erreichen – dafür müssten aber auch alle Instrumente, die das Protokoll zur Verfügung stellt, genutzt werden.

Herr Lippold stimmt soweit mit der FDP-Position überein. Die flexiblen Maßnahmen des Kyoto-Protokolls (Clean Development Mechanismen, Joint Implementation) könnten viele Arbeitsplätze schaffen, deshalb sollten diese Instrumente schneller umgesetzt werden als bisher. Außerdem erübrige sich dann die Kritik, dass Deutschland nicht 0,7 Prozent, sondern nur 0,28 Prozent des Bruttosozialproduktes in die Entwicklungszusammenarbeit investiere. Es käme jetzt darauf an, Arbeitsplätze in umwelttechnischen Bereichen, die in der Phase des additiven Umweltschutzes entwickelt wurden, durch den Export zu sichern.

Herr Jänicke legt dar, dass sich im Bereich der End-of-Pipe-Technologien die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze relativ gut beziffern ließe. So habe die Umweltpolitik rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Die Kosteneinsparungen, die sich mit Umweltschutz erzielen ließen, seien weitaus schwieriger zu beziffern. Es ließe sich beispielsweise nur schwer kalkulieren, in welcher Höhe Korrosionsschäden durch den Gewässerschutz vermieden wurden. Ohne Gewässerschutz wäre eventuell auch die Chemische Industrie von den großen Flüssen abgewandert. Es gäbe also auch indirekte zusätzliche Arbeitsmarkteffekte der Umweltpolitik.

Nach Einschätzung von Herrn Jänicke scheint die Berücksichtigung ökonomischer Aspekte des Umweltschutzes an Bedeutung zu gewinnen und neue Impul-

se zu setzen. Beispielsweise sei bei der Kraftwerksplanung innerhalb der EU die Energiewende tendenziell bereits vollzogen – Atomkraftwerke bildeten nur noch eine Nische und Deutschland nehme mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke eine Außenseiterrolle ein. Nach dieser Energiewende konzentrierten sich die Anstrengungen nun auf Energieeffizienz. Vorreiterländer wie Japan hätten mit dem gesetzlich verankerten Top-Runner-Ansatz ebenso etwas in Gang gebracht wie die EU mit der Ökodesign-Richtlinie. Politische und technische Vorreiter lösten in ihren Bereichen jeweils einen Wettbewerb aus.

Frau Homburger betont, dass niemand die Arbeitsmarktpotenziale von Umweltschutz bestreite. Es ginge derzeit im Klimaschutz aber v.a. darum, andere Staaten zu überzeugen ebenfalls Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen, internationalen Abkommen beizutreten und diese umzusetzen. Dazu müsse man durch eine vernünftige Nutzung aller verfügbaren Instrumente dafür sorgen, dass die Klimapolitik ökologisch, ökonomisch und sozial eine Erfolgsgeschichte werde.

Eine Förderung der Erneuerbaren Energien unterstütze die FDP, allerdings sollten bei der Einspeisung keine festen Preise vergütet werden. Es solle eine bestimmte Strommenge aus Erneuerbaren Energien festgelegt werden, aber keine Quote. Eine stärkere Energieeinsparung und höhere Energieeffizienz sei ebenso notwendig wie höhere Investitionen in die Energie-Forschung, u. a. in Speichertechnologien.

Dr. Lippold legt dar, dass die CDU eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten ebenso anstrebe wie den Bau von CO₂-freien Kohlekraftwerken. Auch sollten vor allem effiziente Erneuerbare Energien gefördert werden. Die derzeitige Förderung von Windkraftanlagen sei aber nicht angemessen und käme einer Überförderung gleich, da Windkraftwerke nicht so effizient Strom produzieren könnten wie andere Kraftwerksarten. Die aktuelle Form der Förderung sei in Frage zu stellen, weil es auch von Seiten des Naturschutzes Proteste gegen Windkraftanlagen gäbe. Insbesondere sei die Förderung für die Errichtung von Anlagen an

windungünstigen Standorten zu verhindern. Eine Energieeffizienzsteigerung sei ebenfalls anzustreben. Nach Ansicht von Dr. Loske ist die Verlängerung der AKW-Laufzeiten auf 60 Jahre verantwortungslos, weil damit eine Verdoppelung des Atommülls und ein hohes Risiko verbunden sei. Außerdem sei dies ein „Tritt in die Kniekehlen“ der Betreiber von alternativen Energien, weil bei einer Verlängerung der AKW-Laufzeiten die Substitution des Atomstroms durch regenerativen Strom nicht mehr notwendig sei und der Markt für Erneuerbare Energien nicht so stark wachsen würde wie bei dem bisher geplanten Atom-Ausstieg.

Derzeit gebe es zahlreiche Möglichkeiten Arbeitsplätze zu schaffen. In seinem Wahlkreis in NRW sei eine gewisse Aufbruchstimmung spürbar. So gebe es inzwischen mittelständische Unternehmen, die mit Energie-Contracting oder dem Einbau von Dieselfiltern sehr erfolgreich seien. Dagegen habe die Automobilindustrie die Chancen, die in der Entwicklung von Hybridmotoren, Dieselfiltern und sparsamen Autos liege, verschlafen. Arbeitsplatzpotenziale gebe es auch in der chemischen Industrie, die ebenfalls vom Öl abhängig ist, durch die Entwicklung nachwachsender Rohstoffe und weißer Biotechnologie. In der Landwirtschaft würde die Produktion von Biodiesel eine Einkommensalternative bieten, wenn aufgrund veränderter Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt Einkommensquellen (z.B. im Zuckerrübenanbau) verloren gingen.

Grundsätzlich gehe es aber nicht darum, ob 1,5 oder drei Millionen Menschen im Umweltschutz tätig sind, sondern um eine Etablierung von Kreislaufwirtschaft und Ressourcen- und Energieeffizienz. Ökologie sei ein Thema aus eigenem Recht. Arbeitsplätze und Kosteneinsparung seien Hilfsargumente, konstatiert Herr Loske. International sei es notwendig, gemeinsame Vereinbarungen zu treffen, auch wenn der Abstimmungsprozess unter 180 Staaten oft langwierig sei. Gleichzeitig müssten aber auch die Vorreiter gefördert werden.

Nach Ansicht von Michael Müller müsse der historische Fehler, Umwelt als Gegensatz zur Gesellschaft zu betrachten, rückgängig gemacht werden. Umwelt sei Mitwelt und müsse wieder in die Gesellschaft integriert werden. Das ökonomische Modell der letzten Jahrzehnte, das vor allem auf schnelle Gewinnmaximierung fokussiere und in dem in erster Linie die Finanzinstitutionen eine Rolle spielten, es geriete an

Grenzen. Das zukünftige Modell müsse auf Wandlungs- und Nutzungseffizienz und Solartechnik basieren – nur so sei global eine Sicherung von Wohlstand möglich. Deutschland sei dumm, wenn es hier keine Vorreiterrolle übernehme. Auch die Forderung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Deutschland solle seine Vorreiterrolle in der internationalen Umweltpolitik nicht fortführen, sei kurzfristig und ignorant.

Dr. Bardt konstatiert, Umweltschutz sei weder Jobvernichter noch eine Jobmaschine. 52.000 neue Arbeitsplätze im Bereich Erneuerbare Energien seien angesichts einer Arbeitslosenzahl von 4,7 Millionen keine Größenordnung um eine Wende herbeizuführen. Dass Deutschland eine internationale Vorreiterrolle im Umweltschutz einnehme, sei nicht sinnvoll, wenn andere Länder nicht nachziehen würden. Außerdem müsse erörtert werden, welche Kosten man für Umweltschutzmaßnahmen bereit sei zu tragen. Auch im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll sei dies eine wichtige Frage. Die ablehnende Haltung einiger Unternehmen gegenüber Umweltschutzmaßnahmen sei verständlich. Andere Unternehmer würden allerdings nicht nur aus ökonomischen sondern auch aus ökologischen Gründen beginnen, nach Effizienzmöglichkeiten zu suchen.

Um die Frage, ob und wie stark Deutschland im Umweltschutz eine Vorreiterrolle einnehmen solle, entsteht eine lebhaft Diskussions unter den Podiumsgästen. Nach Auffassung von Prof. Jänicke soll Deutschland seine Vorreiterrolle unbedingt weiterführen, da es durchaus realistisch sei, dass andere Länder nachziehen. So habe das Erneuerbare Energiengesetz weltweit eine große Ausstrahlung gehabt.

Müller betont, dass diejenigen Staaten, die heute eine Vorreiterrolle einnehmen, die Märkte von morgen bestimmen könnten. Bald würden vier bis fünf Milliarden Menschen auf unserem Planeten unter industriellen Bedingungen leben. Deshalb sei es notwendig einen Paradigmenwechsel herbeizuführen und ein anderes ökonomisches Prinzip zu etablieren. Es ginge auch nicht nur darum, das Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, sondern auch die absoluten Verbrauchsmengen zu reduzieren. Selbst wirtschaftsliberale Agenturen wie Arthur D. Little hätten ermittelt, dass bei einer Verringerung des Ressourceneinsatzes um zehn Prozent 650.000 bis 800.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können – diese Chance dürfe man nicht verkennen. Es sei falsch, an

dem amerikanischen Modell der kurzfristigen Gewinnmaximierung festzuhalten. Europa solle sich von der USA emanzipieren und einen eigenen Weg gehen, den Weg der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft.

Dr. Loske weist darauf hin, dass jedes Unternehmen eine Zwangsmitgliedschaft mit der DIHK eingehen müsse und fordert grüne Unternehmen dazu auf, gegen das DIHK-Papier¹ zu protestieren.

Nach Auffassung von Frau Homburger sei es richtig, Impulse für kleine Unternehmen zu setzen, um deren Potenziale für Umweltschutz und den Arbeitsmarkt frei zu setzen. Allerdings sei die Abwägung von Zielkonflikten, die im Umweltschutz sehr vielfältig seien, notwendig – wir seien noch weit davon entfernt die sozialen Aspekte von Umweltschutzmaßnahmen angemessen zu berücksichtigen. Bestimmte Maßnahmen zögen nun mal auch bestimmte Kosten nach sich, die insbesondere für kleine Unternehmen neben Bürokratie und der schlechten Auftragslage zusätzliche Belastungen darstellten.

Diskussion mit den TeilnehmerInnen:

Herr Kaiser von Unternehmensgrün kritisiert, dass bei der Diskussion um Effizienzstrategien kleine und mittelständische Unternehmen oft vernachlässigt werden, obwohl in diesen Unternehmen die meisten Menschen arbeiten. Eine Effizienzsteigerung in diesen Betrieben würde also bedeutende Arbeitmarkteffekte nach sich ziehen. Herr Lippold weist darauf hin, dass das Hessische Beratungsprogramm zur Energieeinsparung sich auch an kleine Unternehmen richtet. Frau Zahrt räumt ein, dass es von Seiten der Naturschutzverbände in Einzelfällen Kritik an bestimmten Windkraftwerken gäbe. Dass Herr Lippold daraus eine generelle Überförderung der Windkraft ableitet, sei nicht akzeptabel. Frau Zahrt warnt davor, das DIHK-Papier zu unterschätzen. Bisher habe es einen großen gesellschaftlichen Konsens zum Klimaschutz gegeben, es zeige sich aber ein neuer Trend. Die Initiative auch der deutschen Automobilindustrie gegen die von der Kalifornischen Regierung festgelegten Obergrenzen von CO₂-Emissionen von Neuwagen zeige, dass die Wirtschaft einen neoliberalen Kurs ansteuere.

Auch Herr Schneider mahnt an, dass bestimmte Unternehmen nicht bereit seien, gesellschaftliche Verantwortung zu tragen. Das zeige sich an den Protesten der Wirtschaft gegen die REACH-Verordnung. Die gesundheitlichen Folgekosten aus der Verwendung

von Chemikalien würden schließlich nicht von den Betrieben getragen, sondern über die Krankenkassenbeiträge der allgemeinen Bevölkerung aufgelastet. Er stellt die provokante Frage, ob nicht ausschließlich die Kosten, sondern auch die Gewinne sozialisiert werden sollten.

Der Moderator richtet an die Podiumsgäste die Frage, woher sie die Hoffnung nähmen, dass in 20 Jahren dieselbe Debatte nicht noch einmal geführt werden müsse. Dr. Bardt ist der Auffassung, dass man zukünftig durchaus noch die Debatte um Beschäftigungspotenziale der Umweltpolitik führen werde, allerdings werden die Umweltprobleme andere sein als heute.

Dr. Loske ist der Auffassung, dass nicht zuletzt aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums in Indien und China der Verbrauch von Ressourcen und somit auch der Problemdruck ansteigen wird. Damit würde auch die Einsicht in die Probleme steigen. Die Machtstrukturen, die heute die Umsetzung der Substitution von Öl verhindern würden, würden sich unter dem Problemdruck zwangsläufig ändern müssen.

Prof. Jänicke bestätigt, dass der Handlungsdruck rapide ansteigen wird, denn der Klimawandel trete schneller und heftiger ein als die Wissenschaft vorhergesagt habe. Bereits 2002 hätten die Entwicklungsländer Druck auf die USA ausgeübt. Es werde zu einer Koalition zwischen den betroffenen Entwicklungsländern und den Industrieländern kommen, die den Klimaschutz ernst nehmen und etwas tun wollen. Um den Innovateuren eine gewisse Sicherheit zu bieten, sei es notwendig, um anspruchsvolle Ziele zu kämpfen. Der Staat müsse unabhängig sein – er müsse der Wirtschaft gegenüber souverän sein.

Müller sieht in der großen Kluft zwischen Wissen und Handeln das Kernproblem der heutigen Zeit. Vor 18 Jahren habe die Klimaschutzdebatte begonnen. Damals seien die Daten wesentlich unsicherer gewesen als heute, aber die Bereitschaft gegen die Aufheizung der Erdatmosphäre vorzugehen, sei sehr groß gewesen. Heute sei es umgekehrt. Vor uns liege eine kulturelle Herausforderung. Jeden Tag vollzögen wir einen Angriff auf unsere Umwelt, den wir erst in vier bis fünf Jahrzehnten spüren würden. Eine neue Verantwortungsethik sei notwendig.

¹ „Für einen Strategiewechsel in der Umweltpolitik – Erwartungen der Wirtschaft an die künftige Bundesregierung“ Deutscher Industrie- und Handelskammertag, September 2005.

8. UNTERNEHMERN AUF DEN ZAHN GEFÜHLT.

Podiumsdiskussion zwischen Dr. Thomas E. Banning (NATURSTROM AG), Heinrich Kemper (Deutscher Bauernverband) und Thomas Dosch (Bioland)

In einem kurzen Eingangsstatement legen die Podiumsgäste ihre Position dar.

Dr. Banning betont die Bedeutung langfristiger Zielsetzungen für einen wirklich „nachhaltigen“ Erfolg von Unternehmen und äußert sich kritisch zu Kapitalmarkt getriebenen kurzfristigen Unternehmensentscheidungen in Deutschland. Er erläutert auf Nachfrage seinen persönlichen Werdegang als Beispiel für unternehmerisches Umdenken im Sinne eines ökologischen Strukturwandels. In Folge zeigt er kurz die Entwicklung des deutschen Strommarktes auf, wobei er die mangelnde Öffnung des Marktes und eine Dominanz der großen Konzerne kritisiert. Dies habe dazu geführt, dass trotz der vor sieben Jahren beschlossenen Liberalisierung des Strommarktes und vieler Versuche unabhängiger Energieversorgungsunternehmen sich zu etablieren, heute nur vier unabhän-

gige Unternehmen am Markt seien – interessanterweise alles ökologische Stromanbieter.

Herr Dosch skizziert in seinem Impulsreferat die Geschichte des Biolandbaus. Dabei weist er auf die Pionierfunktion der ersten, als „Widerstandskämpfer“ wahrgenommenen Biobauern hin, deren Wirtschaftsmodell inzwischen als europäisches Idealbild gelte. Weiterhin hätten ökologische Wirtschaftsweisen es aber schwer, sich in der gesamten Breite der Landwirtschaft durchzusetzen. Als Grund hierfür sieht Herr Dosch vor allem die massive Lobbybeeinflussung durch die Chemische und Lebensmittelindustrie. Obwohl sich z.B. auch innerhalb konservativer Parteien wie CDU und CSU eine breite Unterstützung für eine Ökologisierung der Landwirtschaft und ein Widerstand gegen die Einführung der Agro-Gentechnik fände, würde diese durch Lobbydruck, den Aufbau von herbeigeführten Sachzwängen und durch Parteigehorsam unterdrückt. Dabei sei wissenschaftlich erwiesen, dass Biolandbau nicht nur für Ernährung, Umwelt und Verbraucherschutz, sondern auch für den vorsorgenden Hochwasserschutz und die Risikominderung von hoher Bedeutung sei. In vielerlei Hinsicht sei die ökologische Wirtschaftsweise das geeignetste Instrument der Landwirtschaft, einen effizienten Beitrag zur Umsetzung allgemeiner Politikziele zu leisten. Herr Kemper stellt seinen unternehmerischen Werdegang als Landwirt dar. In seiner Schilderung tritt deutlich zu Tage, wie sehr sein Unternehmen auf Effizienz, Kooperation und Technisierung setzt. Er sei der Letzte (von ehemals sechs) Angestellten seines Betriebs mit 130 Hektar. Trotzdem könne er seinen Weizen nicht auf dem Weltmarkt verkaufen. Als Gründe hierfür nennt er bürokratische Überregulierung im umweltpolitischen Bereich in Deutschland. Umweltschutz sieht er eher als selbstverständliche Aufgabe der Landwirte, die durch die Weitergabe ihrer Betriebe an die nächsten Generationen ohnehin verantwortlich handelten. „Ordnungsrecht ersetzt lokale soziale Kontrolle“ kritisiert Herr Kemper. Auf internationaler Ebene fordert er die Einbringung von Sozial- und Umweltstandards für den Handel mit landwirtschaft-



Katrin Reiser, Initiative Pro Recyclingpapier

lichen Produkten und die Veränderung der Stimmrechte innerhalb der UNO.

Herr Dosch verweist auf die erhebliche Förderung der EU und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen gegenüber Steuerzahlern, die auch für den Landwirt zum Teil persönlich unerträgliche Kontrollen mit sich brächten. In diesem Zusammenhang fordert er eine stärkere Kopplung der Beihilfen an die Erfüllung von genau definierten und einfach zu überprüfenden Leistungen für Umwelt und Verbraucherschutz. Er betont die Rolle des Biolandbaus als Innovator in der Landwirtschaft in den letzten Jahren.

Herr Kemper bestätigt, dass die konventionelle Landwirtschaft vom Biolandbau gelernt habe. Er wiederholt seine Anschauung, dass schon die heutige Produktionsweise, die sich am Weltmarkt orientieren müsse, bei einem freien Markt nicht mehr aufrechterhalten werden könne.

Herr Banning fügt hinzu, dass sich die Einstellung der Rahmenbedingungen durch die Politik zu sehr an den Ansprüchen der Großindustrie orientiere, nicht zuletzt da diese über die am Besten organisierten Lobbyprozesse verfüge. Er kritisiert, dass die Politik diese Rahmenbedingungen auf dem Strommarkt nicht richtig eingestellt habe. Neugründer hätten keine ausreichende Unterstützung erhalten und gegen die alten Monopole seien keine Maßnahmen ergriffen worden. Angesichts der Verflechtung einzelner Politiker und Parteien mit deutschen Konzernen, verwundere es auch nicht, dass, wie bei der Übernahme der Ruhrgas AG durch E.on, Entscheidungen zu Gunsten großer Konzerne getroffen werden. Herr Banning sieht deshalb im Strommarkt und anderen ökologisch orientierten Märkten vor allem die Verbraucher aufgerufen, durch ihr Verhalten den Gang der Dinge zu beeinflussen. Leider hätten bisher nur 4 Prozent der Haushalte in Deutschland ihren Stromanbieter gewechselt, davon hätten aber deutlich über 20 Prozent ein Ökostromangebot gewählt.

Diskussion mit den TeilnehmerInnen:

Herr Gottfried Härle von der Brauerei Härle verweist darauf, dass auf dem Weltmarkt nur dann wirklich konkurrenzfähig gewirtschaftet werden könne, wenn europäische Produkte auch tatsächlich Mehrleistungen in Form von Qualität erbringen.

Herr Rösler vom NABU Baden-Württemberg merkt an, dass Deutschland im EU-Vergleich – was Förderung und Regulation angeht – nur im Mittelfeld stehe. Es gebe also keinen Grund, eine deutsche Vorreiterrolle zu beklagen. Er bemängelt, dass in der Diskussion mit keinem Wort der umweltschädliche Output der konventionellen Landwirtschaft mit seinen negativen Folgen für Grundwasser, Luft und Biodiversität erwähnt werde. An Herrn Kemper stellt er die Frage, welches Konzept der deutsche Bauernverband angesichts der Tatsache vorschläge, dass deutsche Bauern niemals mit den niedrigen Arbeitskosten und riesigen Anbauflächen in Brasilien oder China konkurrieren könne.

Reinhild Benning, Agrar-Expertin des BUND, äußert sich ebenfalls zur Belastung der Landwirte durch Regulationen. Sie argumentiert, die deutschen Landwirte seien bis auf die Legehennenverordnung mit ihren europäischen Konkurrenten gleichgestellt. Sie kritisiert den Vertreter des Bauernverbandes dafür, dass er das Merkmal einer überdurchschnittlichen Qualität nicht in seine Marktanalyse einbeziehe. Dabei zeige zum Beispiel eine Analyse der Centralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH (CMA), dass deutsche Produkte im Ausland bereits für hohe Qualität und Sicherheit bekannt seien. Sie lenkt ebenfalls das Augenmerk auf die Gentechnik-Debatte und fordert Herrn Dosch auf, sich zu dieser „Bedrohung für den Ökolandbau“ zu äußern.

Herr Dosch antwortete, dass die Gentechnikfreiheit ein Wettbewerbsvorteil des Biolandbaus sei. Er kritisiert die Versuche in der EU, v.a. aktuell in Frankreich, Gentechnik durch die Hintertür einzuführen. Auch Herr Kemper betont, dass er auf den Anbau gentechnisch veränderter Produkte verzichte, da die Konsumenten sie nicht nachfragten. Allerdings kritisierte er die Argumentation der Gentechnik-Gegner als unsachlich und ihre Medienarbeit als „Panikmache“. Eine Nulltoleranz gentechnischer Rückstände in Saatgut sieht er als Quasi-Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen. Den Strukturwandel hin zu einer Technisierung und Industrialisierung sieht er als „ökonomisches Gesetz“. Jede Zunahme von Regelungen vernichte weitere Unternehmen. An diesem Punkt musste die Debatte aus Zeitgründen abgebrochen werden.

9. AUSBLICK

Prof. Niekisch fasst in seinem Schlusswort zusammen, wo wir heute stehen. Dass Umweltschutz beschäftigt, daran besteht kein Zweifel. Es wurden im Laufe der Konferenz viele Beispiele aufgezeigt, welche Arbeitsplätze im Umweltschutz bestehen und welche Innovationspotenziale darin stecken. Sein Dank geht an die Teilnehmer, die mit ihren Diskussionsbeiträgen wichtige Impulse geliefert haben. Man sieht, dass die Polemisierung gegen Feldhamster und Molche, wie sie von einigen Politikern im Wahlkampf ausgetragen wurde, uns nicht weiter bringt. Hier sind vernünftige Argumente und neue Denkanstöße gefragt, denn mit Technologie und Wachstum allein werden die Probleme unserer Zeit nicht gelöst werden. Naturkatastrophen wie der Tsunami in Südostasien im Dezember 2004 oder der Hurrikan, der New Orleans zerstörte, führen vor Augen, was geschieht, wenn Umweltschutz vernachlässigt wird. Die Kosten für den Umweltschutz sollten genauso viel wert sein wie für den Arbeitsschutz – und es sollten nicht wieder die alten Fronten Ökonomie gegen Ökologie aus den siebziger Jahren aufgetan werden. Die Sicherung der Lebens- und Arbeitsumwelt steht in komplexem Zusammenhang. Dies darf nicht vergessen werden bei der Angst um den Arbeitsplatz.



Martin Sieber, Vogelschutz-Komitee e.V.

10. ZUSAMMENFASSUNG

Im Zuge der seit einigen Jahren andauernden wirtschaftlichen Rezession wird Umweltschutz zunehmend als Luxus betrachtet, den sich unsere Gesellschaft nicht leisten kann und der einer wirtschaftlichen Entwicklung entgegensteht. Die Einsicht, dass Umweltschutz integraler Bestandteil und sogar notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung ist, habe sich weder in der Politik noch in der breiten Gesellschaft durchgesetzt, stellt Hubert Weinzierl in seiner Begrüßungsrede fest. Obwohl die Beschäftigungszahlen in den ökologischen Branchen wie Erneuerbare Energien und ökologischer Landbau statistisch belegt sind, forderten Industrieverbände erneut die Abkehr von den Kyoto-Klimaschutz-Zielen und die Aufgabe der Vorreiterrolle Deutschlands im Umweltschutz. Auch im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 würden die Potenziale der Umweltbranche für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht angemessen in die Diskussion eingebracht. Hubert Weinzierl ist der Ansicht, dass wir uns den „Luxus“ Umweltschutz leisten müssen, weil er Beschäftigung bringt und die

Folgekosten von unterlassenen Umweltschutz die Volkswirtschaft zu sehr belasten.

Bundesumweltminister Trittin kommt in seiner Rede „Umwelt bringt Arbeit – neue Märkte, neue Technologien, neue Chancen“ zu dem Schluss, dass der Umweltsektor „ein boomender Markt inmitten einer deutschen Wirtschaft mit Konjunkturschwächen“ sei. Dafür liefert er zahlreiche Beispiele v.a. aus den Bereichen Erneuerbare Energien und Export von Umwelttechnologien. Den Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung sieht er vor allem in der Steigerung der Ressourcen- und Energieproduktivität. Deshalb sei ein Zurückfahren der Ökosteuer der falsche Weg. Vielmehr müssten umweltschädliche Subventionen abgebaut und Unternehmen dabei unterstützt werden, durch weniger Ressourcenverbrauch konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu sein. Die bisherige Umweltschutzpolitik müsse im Interesse der Umwelt und der Wirtschaft entschieden fortgesetzt und weiter entwickelt werden.

Die Diskussionsteilnehmer sind sich weitgehend einig, dass Umweltschutz Arbeitsplätze schafft. Insbesondere in der Entwicklung von Umwelttechnologien nimmt Deutschland eine Spitzenposition ein, die es durch den Export von Umwelttechnik zu halten gilt. Dr. Zahrnt sieht diese Spitzenposition allerdings schon gefährdet, da andere Länder wie Japan bereits innovativer seien.

Ob Deutschland seine Vorreiterrolle im Umweltschutz aktiv weiterführen solle, darüber entwickelt sich immer wieder eine angeregte Diskussion unter den Podiumsgästen. Während Dr. Loske, Herr Müller und Prof. Jänicke deutlich für eine Vorreiterrolle Deutschlands plädieren, weil Vorreiter einen Wettbewerb auslösen und die Märkte von morgen bestimmen könnten, ist es für Frau Homburger, Dr. Lippold und Dr. Bardt vorrangig, dass sich möglichst viele Länder auf gleiche Umweltziele einigen und internationalen Abkommen beitreten. Dr. Paziorek sieht in der Festlegung hoher Umweltstandards in Deutschland Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen und bevorzugt daher die Festlegung gleicher Umweltstan-



Matthias Kaiser, proDentum Dentaltechnik

dards auf europäischer Ebene. Auch Herr Kemper (Deutscher Bauernverband) ist der Auffassung, dass die deutschen Bauern auf dem Weltmarkt aufgrund der umweltpolitischen Überregulierung nicht konkurrenzfähig sein können.

Bei der Umsetzung von Umweltstandards setzt Dr. Paziorek auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen, während Dr. Zahrtm deutlich auf die durch Studien belegte geringe Wirksamkeit von freiwilligen Selbstverpflichtungen hinweist. Auf Kontrollinstanzen könne nicht verzichtet werden. Herr Härle (Unternehmensgrün) sieht bei Kooperationen mit der Wirtschaft die Gefahr, dass möglichst niedrige Standards vereinbart werden.

Auch Herr Dosch (Bioland) und Dr. Banning (Naturstrom AG) kritisieren den Einfluss großer Unternehmen auf die Politik. So verhindere die Lobbymacht der Chemie- und Lebensmittelindustrie, dass der Biolandbau sich als generelles Modell für die Landwirtschaft durchsetze. Bei der Liberalisierung des Strommarktes seien keine ausreichenden Rahmenbedingungen für die Neugründung von Stromunternehmen gesetzt worden.

Dass ökologischer Strukturwandel auch zur Arbeitsplatzsicherung beiträgt, konnte Prof. Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für die Ökosteuer, aber vor allem für das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) bestätigen. Das EEG schaffe klare Rahmenbedingungen für Unternehmer, die durch ökologische Innovationen Arbeitsplätze schaffen wollen, so Härle. Es gelte, solche Rahmenbedingungen auch für andere Bereiche wie die Nutzung von Biomasse zu setzen, um das Arbeitsmarktpotenzial zu festigen. Für die Fortsetzung des ökologischen Strukturwandels braucht es nach Auffassung von Prof. Kemfert weitere Anreizmechanismen vor allem für den Verkehrsbereich. Tschimpke weist darauf hin, dass auch bei der Etablierung ökologischer Innovationen der Naturschutz, also der nicht ökonomische aber eigenständige Wert der Natur, nicht außen vor gelassen werden darf.

Ein zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell könne nicht mehr wie bisher auf eine schnelle Gewinnmaximierung ausgerichtet sein, sondern müsse nach Auffassung von Dr. Loske und Müller auf Kreislaufwirtschaft sowie Ressourcen- und Energieeffizienz basieren.

11. LISTE DER TEILNEHMERINNEN

Titel	Vorname	Name	Organisation
	Heike	Aghte	Büro für Umweltkommunikation Neubeuern/Berlin
	Isabelle	Azrak	Oktoberdruck AG
	Thomas E.	Banning	Naturstrom AG
Dr.	Hubertus	Bardt	Institut der deutschen Wirtschaft
	Stefan	Bauernfeind	Bundeskanzleramt
	Toni	Becker	Humboldt Universität
	Reinhild	Benning	Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.
	Kristina	Berbig	Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.
	Dominik	Bernauer	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
	Konstantin	Bittig	BUNDjugend
	Andree	Böhling	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion
	Paul R.	Brede	FNG-Forum
	Tillman	Bruns	Verkehrsclub Deutschland e.V.
Dr.	Andreas	Burger	Umweltbundesamt
	Patricia	Cameron	Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.
	Reinhard	Coenen	Forschungszentrum Karlsruhe
	Markus	Dieterich	Gewerkschaft NGG
	Thomas	Dosch	Bioland
	Tanja	Draeger	World Wide Fund for Nature (WWF) e.V.
	Natalie	Eckelt	Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.
	Martina	Eick	Umweltbundesamt
Dr.	Jutta	Emig	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
	Elisabeth	Emmert	
	Evelyn	Faust	Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
	Peter	Franz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
	Thomas	Frischmuth	Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.
	Martina	Fuchs-Buschbeck	Oktoberdruck AG
	Marika	Gavriilidis-Müller	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
	Michael	Gehrmann	Verkehrsclub Deutschland e.V.
	Nika	Greger	Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.
	Gottfried	Härle	Unternehmensgrün
	Doris	Härms	
	Torsten	Hauschild	Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
	Angelina	Heidrich	Bundesamt für Naturschutz
	Hellmuth	Henneberg	Moderation
	Birgit	Homburger	FDP
	Till	Hopf	Bundesamt für Naturschutz
Prof. Dr.	Martin	Jänicke	Freie Universität Berlin
	Norbert	Jentsch	NaturFreunde Deutschlands
	Jörg	Kahlmeier	ITUT e.V. – Verein zur Förderung des Internationalen Transfers von Umwelttechnologie
	Matthias	Kaiser	Unternehmensgrün
Prof. Dr.	Claudia	Kemfert	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
	Heinrich	Kemper	Deutscher Bauernverband
	Caroline	König	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
	Thomas	Krause	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
	Stefan	Krug	Greenpeace
	Jörg-Andreas	Krüger	Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.

Titel	Vorname	Name	Organisation
	Stefan	Ladeburg	VAA-Führungskräfte Chemie
Dr.	Manfred	Linz	Wuppertal Institut
Dr.	Klaus	Lippold	CDU
	Annette	Littmeier	Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.
	Jens	Look	Ökologisch-Demokratische Partei
Dr.	Reinhard	Loske	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
	H.G.	Marian	NaturFreunde Deutschlands
	Hannah	Metten	BUNDjugend
	Felix	Meyer-Christian	
	Leif	Miller	Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
	Heike	Moldenhauer	Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.
	Michael	Müller	SPD
Prof. Dr.	Clarita	Müller-Plantenberg	Universität Kassel
	Tobias	Münchmeyer	Greenpeace
Prof. Dr.	Manfred	Niekisch	Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.
	Hartmut	Oswald	Ufu e.V.
	André	Overbeck	BIU e.V.
	Anke	Oxenfarth	oekom verlag GmbH
	Peter	Paziorek	CDU
Dr.	Simone	Peters	Informationskampagne für Erneuerbare Energien
	Martin	Peters	Handwerkskammer Berlin
Dr.	Manfred	Prügel	Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
	Gudrun	Radev	GRÜNE LIGA
	Albert	Reinhardt	PSI-21
	Katrin	Reiser	Initiative Pro Recyclingpapier
	Gerrit	Riemer	Mineralölwirtschaftsverband e.V. (MWV)
	Stefan	Rösler	Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
	Rainer	Schliep	Environmental Information & Communication Services
Dr.	Werner	Schneider	Deutscher Gewerkschaftsbund
	Gerrit	Schrammen	
	Christian	Schulte	Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.
	Elke	Schuster	
	Matthias	Seiche	Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.
	Martin	Sieber	Vogelschutz-Komitee e.V.
	Jürgen	Trittin	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
	Olaf	Tschimpke	Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
	Daniel	Unsöld	Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.
Dr.	Petra	van Rüth	
	Margo	Verhagen	
	Julia	Verlinden	
	Sabine	Veth	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
	Anna	Voigt	Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.
	Annette	Volkens	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
	Bjela	Vossen	Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.
	Hubert	Weinzierl	Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.
Dr.	Bernd	Wenzel	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Dr.	Angelika	Zahrnt	Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.
	Undine	Ziller	BUNDjugend

12. KONTAKT

www.nachhaltigkeits-check.de

DNR e.V.

Annette Littmeier
Tel: 030 – 44 33 91 88
annette.littmeier@dnr.de
www.dnr.de

BUND e.V.

Daniel Unsöld
Tel: 030 – 275 864 62
daniel.unsoeld@bund.net
www.bund.net

NABU e.V.

Evelyn Faust
Tel.: 030 – 284 984 11
evelyn.faust@nabu.de

Maria Elander
Tel: 030 – 284 984 40
maria.elander@nabu.de
www.nabu.de

